



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 441 Anfrage Roos Willi Marlis und Mit. über die eingestellten Mittel für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) in der AFP-Periode 2018-2021 / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 441 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Marlis Roos Willi hält an der Dringlichkeit fest.

Marlis Roos Willi: Wir halten an der Dringlichkeit fest. Wir benötigen diese Informationen für die Beratung des AFP in den Kommissionen. Deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Michèle Graber: Die GLP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit. Da die GLP in vielen Kommissionen nicht mehr vertreten ist, sind diese Informationen für uns umso wichtiger. Deshalb unterstützen wir auch die dringliche Behandlung der Anfrage A 442.

Hans Stutz: Es scheint mir ein innovatives Mittel der CVP zu sein, dass sie zur Vorbereitung der Kommissionssitzungen dringliche Vorstösse einreicht. Wenn die Grüne Fraktion zu einem solchen Mittel greifen würde, erhielte sie dabei wohl kaum Unterstützung von der CVP.

Marcel Omlin: Es ist erstaunlich, dass zur Vorbereitung einer Kommissionssitzung dringliche Anfragen eingereicht werden. Die verlangten Zahlen können alle dem AFP entnommen werden, den wir letzte Woche erhalten haben. Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Marlis Roos Willi: Unsere gestellten Fragen werden im AFP eben nicht beantwortet.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Es liegt ein hohes öffentliches Interesse vor. Die verlangten Zahlen sind wichtig für die Beratung des AFP.

Christina Reusser: Zwei Gründe sprechen für die Dringlichkeit: Zum einen können die verlangten Zahlen eben nicht dem AFP entnommen werden. Zum anderen hat die Bevölkerung ein grosses Interesse daran, mehr über diese Zahlen zu erfahren.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bitte Sie, die dringliche Behandlung abzulehnen. Wir haben Sie bereits ausreichend über unser geplantes Vorgehen informiert. Zudem kann ich die Fragen anlässlich der Kommissionssitzung beantworten.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab, die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.